

**Geheimes Heilmittel**  
wird mit dem Namen  
der Sonne und der Erde.

**Rheumatischer Schmerz**  
monatlich 90 Pf.  
wöchentlich 1.50 Mk.  
Kleinerer Teil im Voraus  
wird die Post bezogen  
1.00 Mk. inkl. Postgeb.

**Die Neue Welt**  
(Unterhaltungsblätter),  
wird die Post nicht bezogen,  
sonst monatlich 10 Pf.  
wöchentlich 80 Pf.

Verlag Dr. 1047.  
Telegraph.-Adress:  
Wohlfahrt Halle a. S.

# Die Welt

Sozialdemokratisches Organ

**Inlerionsgebühr**  
betragt für die Spaltenzahl  
des Textes über dem Namen  
50 Pf. für die Spaltenzahl  
Partei- u. Gemeindefunktionäre  
kommunisten 25 Pf. bis 100 Pf.  
Im republikanischen Sinne  
kollt die Seite 75 Pf.

**Inlerate**  
für die 12 Hefen Nummer  
müssen zahlend bis zum  
1. Oktober 1901 in der  
Expedition aufgegeben  
sein.

Eingetragenes in der  
Postamtungs-Liste  
unter Nr. 7898.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geistsr. 21, Bot 2 Cr

Expedition Geistsr. 21, Bot part. 1.

## Der Branntweinkater

ist bekanntlich die gefährlichste Art der so häufig auftretenden Krankheit miseria solima (Kaugenämie). Besonders böswärtig scheint dies Leiden nach der letzten Reichstagsungang in den Häfen der hiesigen Kreise zu räumen, die durch ihre allzu große Liebe der Brennereisubstanz trotz der fruchtlos angedauerten Ueberumpfungstatistik zum Scheitern brachten. In allen Tonarten wettern die den jüdischen Schnapsbrennern Gefolgschaft leistenden Blätter über die Dofstruktion der russischen Völkchen. Dabei war es gerade, wie ein bürgerliches Blatt schreibt, die stumpfsinnige Würstigkeit von ungefähr hundert Angehörigen der Mehrheitspartei, welche durch ihre Abwesenheit die Beschäftigungsfähigkeit des Hauses bewirkte, und die Schnapsbesorge in etel Rauch aufgehen ließ. Unter den fehlenden Nationalberatern war vielleicht auch eine ganze Anzahl Drilkeberger, denen nur der Mut zur öffentlichen Demonstration gegen die Junkerfreiheit fehlte, während sie mit dem Ausgang der Sache ganz einverstanden sind. Für diese Ausnahme sprechen verschiedene Auslassungen nationalliberaler Blätter. So findet der Hamburger Korrespondent es sehr begründet, daß sich die Linke durch das Vorgehen gegen den Senatsentscheid weigert und deshalb keineswegs sich beugen will, den Uebelthäter dieses Vorkalles zu seiner Durchbringung beifällig zu sein. Es sei nur gesagt, daß die Mehrheitspartei nichts erreicht hätten, weil sie nicht in genügender Stärke vertreten gewesen sind. Die National-Zeitung macht sich darüber lustig, daß das Organ des Bundes der Landwirte der Meinung sei, auch jeder Gegner des agrarischen Vorstoßes sei zum Gefährlichen verpflichtet gewesen.

Mögen die Deutsche Tageszeitung, die fromme Kreuzzeitung und alle sonstigen Blätter der Junkerpartei über die Parteien der Linken zagen; wenn sie endlich aus ihrem Schnapskammer zu sich kommen werden, befinden sie sich vielleicht darauf, daß es ein Sprichwort giebt, das es lautet: *Alku ist hart mächtig!* — Die Folge des am Mittwoch abgewehrten Attentates der Schnapsbrenner ist, daß sie nicht nur um eine Erhöhung der Brennsteuer gekommen sind, sondern daß diese Steuer am 1. Oktober überhört fallen wird. Die Welterne in der Ausdehnung der Spiritusproduktion entgegen zu wirken. Sie beginnt bei einer Produktion von 300 Hektolitern mit 50 Pf. und steigt bis 6 Pf. pro Hektoliter Spiritus. Jedoch fließt ihr Betrag nicht in die Reichskasse, er wird vielmehr in Form von Prämien für die agrarischen Brennereien verwendet. Sie schwant zwischen 3,1 und 4,1 Millionen Mark im Betriebsjahre. Geählt werden an Prämien 6 Pf. für den Hektoliter ausgeführt oder zur Stoffbereitung benutzten Branntwein, und 4,50 Pf. für den Hektoliter denaturierten Branntwein. Diese Prämien hören ebenfalls am 1. Oktober auf, wodurch die Witansbrüche der Junker genügend erklärt werden. Sie prophezeien schon den Ruin der Spiritusindustrie und sogar der ganzen Landwirtschaft. Nach Angabe des bündlerischen Abgeordneten wurde 10 Pf. der Preis des Spiritus mit dem Brennsteuerertrag von 10 Pf. fallen. Jedoch scheint man sich jetzt in den agrarischen

Kreisen von der Verzweiflung erholen und die trüben Gedanken verwechseln zu wollen. So berichtigt neuerdings die Post, es sei eine falsche Hoffnung, wenn die Opposition etwa darauf rechnen sollte, daß die Preise sinken würden. Die Brenner würden sich von nun an sämtlich dem Spiritusringe anschließen und die Produktion sowie die Preise durch vertrauliche Vereinbarungen regeln. Derselben Meinung ist die Deutsche Tageszeitung. Es ist aber sehr fraglich, ob diese Hoffnung sich verwirklichen wird. Die Interessen der verschiedenen Brennereien sind sehr verschieden. Die Weitzer rein gewerblichen Brennereien, die sich eben erst nach den Junkern angegriffen haben, werden wohl nicht so eifrig sein, das Joch des Ringes auf sich zu nehmen. Denn dieser Ring hat eine unerhörte Ausbeutungspolitik betrieben, so daß es nur mit Gewaltthätigkeit zu begründen ist, wenn die Spirituspreise fallen, wovon die Konsumenten und auch die Feinrenten-Eigenthümer nur Vorteil haben können. Alku groß scheint das Vertrauen der Deutschen Tageszeitung auf die Macht des Spiritusringes nicht zu sein, sonst würde sie nicht so hart auf die Unterthänigkeit der Regierung hoffen. Denn sie schreibt, die Regierung scheine zu beabsichtigen, den Reichstag vor dem 30. September, d. h. vor Ablauf des jetzt geltenden Branntweinsteuergesetzes zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Allerdings könnte ja die Regierung die Wirkung der Wertung aufheben durch den formellen Schluß der Session und Eröffnung einer neuen Session im September. Ein Reichstag ohne Dänen ist aber im September noch weniger beschließfähig als zu einer anderen Jahreszeit. Die Schnapsjunker könnten also sehr leicht eine zweite Niederlage erleben.

Aber auch eine andere Hoffnung der Junker dürfte nur ein fahner Beweise bleiben. Die freie Presse weicht darauf hin, daß der Reichstag der Regierung, nach dem Falle der Brennsteuer werde die Seehandlung nach dem 30. September bis zum Zustandekommen neuer Bestimmungen über die Brennsteuer die bisherigen Ausfuhrbeschränkungen und Denaturierungsprämien vorläufigerweise zahlen in der Erwartung, durch ein späteres Steuergesetz dafür Deckung zu erlangen, gar nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden braucht. Das Vorgehen wäre ein direkter Verfassungsbruch. Graf Billow hat aber an der Verfassungsbeziehung beim Ausbruch der chinesischen Wirren noch zu viel zu lobieren, als daß er jetzt sich zu einem neuen derartigen Kunststückchen haben dürfte. Die Geschichte könnte ihm das Genick brechen!

## Tagessgeschichte.

Halle a. S., 20. Mai 1901.

### Die Heimkehr der Ginartruppen und die Kolonialarmee.

Wilhelm II. weilt alljährlich im Monat Mai einige Tage in den Reichslanden auf dem Schlosse Urvitz. Ende voriger Woche hat er bei einem Paradedienste in Weg zu Ehren des Geburtstages des Jaren eine Rede gehalten, die nach offiziellen Berichten ungefähr folgendermaßen gelautet haben soll: „Ausgehend davon, daß es eine alte und liebe Tradition des preussischen Heeres ist, die Festtage der russischen Woin-

arden mitzufeiern, erinnert der Kaiser daran, daß vor bald einem Jahr unter Zustimmung aller Mächte dem Generalleutnant Grafen Waldersee das Oberkommando in Pestschi übertragen worden wäre. Wenn jetzt Hoffnung vorhanden ist, daß das Gros der verbündeten Truppen bald in die Heimat werden zurückkehren können, so wäre dies nicht zum geringsten dem Vertrauen zu verdanken, welches der Kaiser von Rußland dem Grafen Waldersee geschenkt und erhalten habe. Mit dem Wunsche, daß die in China zwischen allen zivilisierten Völkern befestigte Waffenbrüderschaft der großen Zahl des Friedens zu gute kommen möge, bracht der Kaiser am Schluß seiner Rede ein Echo auf den Kaiser Nikolaus aus.“ Die Ernennung Waldersees hat vor einiger Zeit genügend Stoff zur Besprechung von Seiten der in- und ausländischen Presse geboten. Von amtlicher russischer Seite ist selbsteffelt worden, daß nicht der Jar den Oberbefehl in Pestschi Hände gelegt, sondern daß Rußland einfach das von Deutschland vorgeschlagene Oberkommando gutgeheißen habe.

Wenn nur das „Gros“ der Ginartruppen zurückkehren soll, so werden wir thatsächlich eine größere, bauernd in China stehende Truppenmacht, also eine Kolonialarmee, zu erwarten haben. Wird der Reichstag zu dieser fortschrittlichen, weltpolitisch-militärischen Einrichtung seine Zustimmung geben?

### Beamtenfürsorge im Postreise.

Unser kleiner Partei-Organ erhält Kenntnis von einem vertraulichen Schreiben, das unterm 7. März 1901 von der Kaiserl. Ober-Postdirektion Köln, geschickt Landesh. an die Vorsteher der Postämter I und II der Subpräsidien des Bezirks, sowie der Telegraphenämter in Bonn und Köln und des Stadtfernprekants gerichtet ist. Es lautet:

In letzter Zeit sind so zahlreiche Erkrankungen von Beamten vorgekommen, daß es nicht mehr möglich ist, den Verkehrsämtern für alle Erkrankte Vertreter zu überweisen. Da unter den erkrankten Beamten vermuthlich solche sich befinden, von welchen nach den angegebenen leichten Krankheitserscheinungen, wie Nervenschwäche, Kopfschmerzen, Rheumatismus u. s. w. angenommen werden kann, daß sie schon nach einiger Schonung, bzw. nach kurzer Zeit, ihre Dienstfähigkeit wieder erlangen und daher teilsweise nicht nötig haben werden, sich für so lange vom Dienst fernzuhalten, als der behandelnde Arzt vom Vorhergehen annehmen mußte, so werden die Herren Vorsteher beauftragt, die hiernach in Betracht kommenden Beamten zu befragen, ob sie nicht im Stande sind, ohne Nachteil für ihre Gesundheit ihren Dienst als bald wieder aufzunehmen. Ueber diejenigen Beamten, welche sich hierauf bereit erklären, ist in der vorgeschriebenen Weise Meldung hierher zu erfassen. Bei jeder Gelegenheit wird wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß namentlich die jüngeren Beamten in Erkrankungsfällen durch Besuche in ihren Wohnungen, Erkundigungen beim Arzte oder durch die Bemühen u. s. w. teils der Herren Amtsverbüher, Kaiserler und Stellenverwalter überwaht und beobachtet werden. Diese letztere Ueberwachung (vergl. Verf. v. 11. 4. 1897 I 4405) muß auch auf das Verhalten des Erkrankten außerhalb der Wohnung ausgeübt werden, wenn ihnen vom Arzte das Ausgehen gestattet worden ist.

## Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

15) (Nachdr. verb.)

Der Anwalt fragte nicht weiter, er eilte die breite Gasse hinab, die sich zum Hofe liefte. Hier, in der Kreuzgasse, wo die meisten Vergnügungslöcher lagen, war noch einiges Leben; er mußte wiederholt Herausitzen ausweichen, die jubelnd dahinzogen; armliche Diener stritten an ihm vorbei. Bis er einen stilleren Seitenstraße nach ein wandelnder Vordachsteig bemerkt, der nur immer näher kam; es war eine große Vaternie in der Hand eines Dieners, der dem Herrn hinter ihm vorjorzlich leuchtete.

Der Anwalt erkannte die Ringe des kleinen, haaren Mannes, der unter einem mächtigen Negenschirm behaglich und trotz des unbemühlichen Wetters sichtlich begnügt einvertirvelte; es war der Vizepräsident Herr von Werner. Schweigend wollte er vorbei, als dieser ihn erkannte und anrief:

„Gut, der Herr Doktor!“ fiberte er. „So spät nachts! Keut! komm! ich hei! bei den lieblichen Leuten auf ihre Schicksal! Zuerst — der Präsident und nun —“

„Sie haben ihn gesehen?“  
„Nun ja. Das wunder! Sie? Was eigentlich auch! Zut! als ich aus dem Hause meines Anwaltvergnüges, des Finanzrates, trat, strich er vorbei. Ich sah ihm an, weil ich ihm die Neugierde erzählen wollte. Ähnlich, Doktor, Sie können mir vorbei, als dieser ihn erkannte und anrief.“

„Gut, der Herr Doktor!“ fiberte er. „So spät nachts! Keut! komm! ich hei! bei den lieblichen Leuten auf ihre Schicksal! Zuerst — der Präsident und nun —“

Es war das „Vordachsteig“, die ärmliche Stadtgegend, von Kasträgern, Schiffsarbeitern und Fährern bewohnt; an dem schmalen Kai, auf den das Gäßchen mündete, lagen ihre Fahrzeuge; im Gehäuge gegen den Fluß war die Kneipe, in welcher sie zu verkehren pflegten. Auch jetzt noch schimmerte Licht durch die Fenster, trübten Scherben, und als der Anwalt vorbeistie, schall ihm rauhes Singen und Lachen entgegen. Erst dicht am Fluße machte er Halt. Die Herbtrogen hatten die Wogen gemehrt; rasch und rauschend gogen sie in dem breiten Bette dahin. Nur das Ohr konnte sie wahrnehmen, nicht das Auge, so überaus dunkel war die Nacht. Selbst den Vollmond, der hier den Fluß überbrückte, vermochte der Anwalt erst zu unterscheiden, als er dicht vor demselben stand. Jägernd betrat er das schumfandene Brüdchen. Der Steig war kaum zwei Schritte breit, das Geländer moersch, die Bretter schlüpfrig. Drüben am jenseitigen Ufer kämpfte ein einlaimes Licht, eine Laterne, neben Wind und Nebel; ihr Schein zitterte ungewiß über den wässen Steig; foherte sie im Winde schlingend auf zu werden auf Momente in ihrem roten zitternden Schein auch die drohend angetwimmelten Wogen sichtbar.

Unschlüssig blieb der Anwalt stehen; die Stelle war so kühl, so unheimlich; sollte er noch länger verweilen? Da, plötzlich, entfuhr ihm ein helles Schreien und er führte einen Schritt vor. Die Lampe drüben war jetzt schon angezündet und in ihrem Scheine war ein Mann sichtbar geworden, der sich dem Steig näherte und ihn nun betrat. Es schien dem Anwalt, als wäre dies Sendlingen, und mochte er's nicht genau, die Lampe gab wieder nur schwächsten Schimmer.

Der Mann kam näher, langsam, unsicheren Schrittes, mit der Hand am Geländer hinziehend. Noch einmal zuckte die Lampe auf — es war der lange Mantel, der graue Hut — Berger zweifelte nicht mehr.

„Viktur!“ Berger wollte es laut rufen, aber der Name brach heiser, fast unvernünftig von seinen Lippen; er wollte vorwärts hüngen — und konnte doch nur einen, einen gemessenen Schritt thun, so sehr hatte ihn das Unheimliche des Augenblicks übermannt.

Sendlingen gemachte ihn nicht; kaum sein Schritte von dem Freunde blieb er stehen und beachte sich über das Geländer. Mit beiden Armen ausgebreitet, lehnte er da und harrete in die wild anstürmenden Fluten.

So verließen einige Schanden.

Da flammete die Lampe wieder auf, nur einen Moment gab sie hellen Schein. Sendlingen hatte sich plötzlich aufgerichtet und Berger sah, glaubte zu sehen, wie der Unglückliche sich jetzt nur noch mit einer Hand an das Geländer frügte, wie der Körper sich aufreckte.

„Viktur!“  
In zwei Schüben, in zwei Atemzügen war er neben ihm, hatte er keinen Körper umhört, in seine Arme geriffen.  
„Georg!“  
Nurdarüber gellte der Schrei — ein Schrei nach Hilfe?! — ein Schrei der Abwehr?!

Dann schaute Berger, wie dieser zuckende Körper plötzlich starr und schwer wurde — er hielt einen Ohnmächtigen in seinen Armen.

### 7. Kapitel.

Kurz darauf wurde so bestia an das Fenster der Silberkammer geschickt, daß eine der Scherben zerbrach, flüchtig stürzten Bier und Giste auf die Gasse. Aber sie wurden nicht, als sie den verfürzten Mann gewahrten, die seltsame Kraft in den Armen; ihnen halfen sie den Ohnmächtigen ins Haus schaffen. Der Wirt hatte die Hüge erkannt; er fiberte es dem anderen zu, und so groß war die Liebe und Achtung, welche sich an diesen Namen knüpfte, daß die rohen halbrunkenen Menschen in der wüsten Scherbenflut sahen und eifrigstüchtig umherstanden, wie in einer Krde.

Regungslos lag der Körper auf der Bank, die sie herbeigerückt; ein Federchen, das sie ihm an die Lippen brachten, erzielte kaum merklich, so langsam ging der Atem aus und ein. Untlos erwies sich das einzige Mittel, welches das ärmliche Paas bot, der Aquavit, mit dem sie Brust und Baufe befeuchteten.

Fortsetzung folgt.

### Fortsetzung.

„Teilnahme.“  
„Der Baron, meine Frau hat gestern einen Sohn bekommen.“  
„So, wen haben Sie denn im Gebardt?“  
(Stimpf.)

Dieser politische und offenbar in gebührender Höhe als Herrschenden des Reiches, Uebergriffe Sparmaßregeln führt zu übermäßig hohen Steuern. Die Folge davon sind die übermäßig hohen Steuern. Die Folge davon sind die übermäßig hohen Steuern. Die Folge davon sind die übermäßig hohen Steuern.

**Abfassung der württembergischen Postverträge.** Die zweite württembergische Kammer sprach sich am Sonnabend vormittags einmütig für die Einführung einheitlicher Postverträge aus unter der Voraussetzung der Wahrung der Selbständigkeit Württembergs. Ministerpräsident von Weilling erklärte, daß gegenwärtig Verhandlungen mit dem Reichspostamt im Gange sind, und daß dem Abgeordnetenhaus über das Ergebnis dieser Verhandlungen Mitteilung gemacht werde.

**Das kaum glaubliche Verhalten eines Stadtgewaltigen in der Wohnungsverfrage** wird aus Köln gemeldet. Der dortige Sozialdemokratische Verein hat am 23. Februar an den Oberbürgermeister von Köln, Herrn Becker, lebenslangliches Mitglied und Vizepräsident des preussischen Herrenhauses, zur Übermittlung an die Stadtverordneten-Versammlung eine Eingabe gerichtet mit dem Antrag: die Stadtverordneten-Versammlung möge sich gegen die geplante Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle aussprechen. Allem Anschein nach ist die Eingabe sofort dem überbürge-meisterlichen Papierkorb überliefert worden, denn sie blieb vollständig unbeantwortet und kam auch nicht in Kölnner Stadtrat zur Sprache. Erst als nach acht-wöchigem Warten der Vorstände des Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Gilsbach, sich erlaubte, an die Eingabe zu erinnern, erhielt er zur Antwort, daß der Stellvertreter des Herrn Oberbürgermeisters, Abgeordneter Reiman, den Beschluß zur Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung nicht für geeignet halte. Eine Begründung war dem abwesenden Mitglied nicht angeführt. Es genügt also, daß ein Stadtgewaltiger erklärt, ich halte den Beschluß nicht für geeignet. Zahlreiche deutsche Gemeinden haben sich gegen die Brotvermehrung ausgesprochen. Die Kölnner Stadtverwaltung aber hält die Frage, die für das Wohl von Millionen entscheidet, nicht einmal der Erörterung in der Gemeindevertretung für wert.

**Westafrikanische Chinarbeiter.** Unter dem mit dem Vloedampfer Schutzart eintröpfenden Transport kranker Soldaten vom ostafrikanischen Expeditionskorps befand sich auch eine Anzahl Afrikaner, die zum Teil nach Magdeburg, zum Teil nach Köln transportiert wurden, um dort ihre Strafen abzuhängen. Einer von ihnen soll der Rhein-Westf. Stg. zufolge mit 15 Jahren Festung bestraft sein.

**Wegen Mißhandlung eines Untergebenen** hatten sich vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Dresden der 32 Jahre alte Hauptmann des 13. Infanterie-Regiments Nr. 178 zu Kamenz, Kurt Ambrosius Krug, der frühere Feldwebel Karl Paul Hammer aus Oberhaina und der Wäpfeldwebel Paul Richard Schönfelder aus Neustädtel vom selben Regiment zu verantworten. Alle drei Angeklagten sollten den Soldaten Jankich, der schlecht gekleidet hatte, wiederholt geschrieelt haben. Nach dem Ergebnis der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Vernehmung wurden nur der Hauptmann und der frühere Feldwebel für schuldig erachtet, während Schönfelder mangels Beweises freigesprochen wurde. Hauptmann Krug erhielt eine Woche und einen Tag Stubenarreft, Hammer eine Woche Arrest.

**„Fortwucher“ keine Verleumdung.** Die Redakteure der Sozialen Praxis, Professor Dr. Ernst Franke und Dr. Clemens Heß, hatten sich vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin wegen „Verleumdung“ der bezugslich meingehenden Staatsregierung zu verantworten. Sie hatten dieser Fortwucher vorgeworfen. Der Staatsanwalt beantragte je 300 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, da die Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten und aus dem Kräfte wieder die Absicht, noch das Bewußtsein der Verleumdung hervorgehe.

**Ausland.**

**Frankreich.** Die Eingeborenen Algiers schienen sich unter der französischen Herrschaft nicht besonders glücklich zu fühlen. Vor kurzem erfolgte erst der Aufstand der Araber bei den Dörfern Marguerite, fast kommen wieder neue Nachrichten von kleineren Unruhen. Aus Algier wird gemeldet, daß in den letzten Tagen Verleumdungen auf französische Gesandten stattfanden. So soll in einem Dörfe bei Wattou ein französischer Kolonist Namens Pascal von Eingeborenen ermordet worden sein. In der Nähe von Constantine griffen Araber einen französischen Gutbesitzer an. Es entstand ein heftiges Handgemenge zwischen den Arabern und denen, welche dem Gutbesitzer zu Hilfe geeilt waren, wobei auf beiden Seiten mehrere Verwunden verzeichnet wurden. Der Medizinstudent der Araber wurde verhaftet. Ferner meldet ein Telegramm aus Constantine, Mäurerische Eingeborene griffen in vorgangener Nacht in der Nähe des Bahnhofs Mariotte einen Güterzug, der von Tefessa kam, an. Auf die Mäudine wurden zwei Schiffe abgegeben. Der Meiser wurde verhaftet.

**Belgien.** Die Aneignung des Kongoaates. Der tugendhafte Leopold ist bekanntlich nicht nur König der Belgier, sondern auch Souverän und Hauptbesitzer des Kongoaates, wo durch die Staats- und Privatbeamten die „Zivilisation“ durch regelmäßige Waffenabschlachten von Eingeborenen verbreitet wird. Nun besteht infolgedessen ein staatsrechtliches Verhältnis zwischen dem Kongoaate und dem Königreich Belgien, als letzteres die Forderung hat, das Kongogebiet als Kolonie zu übernehmen, d. h. zu annektieren. Nach dem Wortlaut der Verfassung von 1834 würde der Kongoaate noch seiner Einverleibung einen integrierenden und nicht mehr loszutrennenden Bestandteil Belgiens bilden und daher den parlamentarischen Einrichtungen dieses Landes unterworfen sein. Mit der unumkehrlichen Verzichtnahme Leopolds II. und natürlich auch mit der letzten Verträge der Ausbeutung der Naturkräfte — welche höchst einfache Methode darin besteht, daß die nicht genug absterbenden Eingeborenen getötet und ihre abgetötenen Hände als Beweis für die vollständige Zerstörung an die Regierungsgewalt gebracht werden — wäre es dann natürlich vorbei. Am nun dem wieder Leopold noch eine freie Verfügung und profittlichen Wirtens in bisheriger Weise zu ermöglichen, hat der Ministeriale Beamter beantragt, den Kongoaate vom 1. Juli 1908 ab als Belgische Kolonie zu erklären und ihn bis dahin noch unter der ausschließlichen Leitung des Königs zu belassen. In der Zwischenzeit soll eine gemischte belgisch-kongoaatische Kommission einen Gesandtschaftsbesuch über die

**Wegener'sche Expedition** ansetzen, die für die neue Kongoaate vom 1. Juli 1908 ab in Anwendung gebracht werden soll. Dies erklären sich aber die Sozialisten, obwohl sie Gegner des ganzen Kolonialismus sind, für sofortige Aneignung des Kongoaates, in der ausgesprochenen Absicht, der unter dem wieder Leopold zu stehenden Wirtschaft ein schleuniges Ende zu bereiten. Darüber ist der wädrere Kaiser natürlich im höchsten Grade empört und will sich auf die Hinterbeine stellen. Während erklärte er: Das Parlament hat das Heer zu Grunde gerichtet, Ostende und Spa ruiniert (nämlich durch das Verbot der Spielfillen), den Kongo aber soll es mir nicht verderben. Trotzdem wird Leopold nichts anderes übrig bleiben, als sich dem Beschluß der Parlamentsmehrheit zu fügen.

**Serbien.** Vater werden ist nicht ichner, Vater sein ist's um so mehr, sagt Wilhelm Büch. Alexander, von Gottes Gnaden König von Serbien, kann dagegen von sich behaupten, daß für ihn das Vaterwerden „schwer, sehr schwer ist. Schon vor Monaten wurde die Welt darauf vorbereitet, daß im Hause der Obrenowitsch ein freudiges Ereignis bevorstehe. Doch der Tod schied nun einmal im Belgrad. Konat nicht noch zu wollen. Obwohl das Lauffeuer aus dem Hause Konat längst eingetroffen ist, so ist doch die erwartete Thronerbe nicht so sicher noch nicht einsehlich. Frau Draga soll sich zwar auf ihrem Lager in Gebürtskammer befinden, doch diese Jungen behaupten, daß sie nur Verleumdung, um den König zu lästigen, der den Augenblick kaum mehr erwarten kann, wo er einen Stammhalter auf den weit ausgebreiteten Armen wiegen darf.

Wie gerichtsweise verläuft, hat Draga Wäldin den jungen König durch das Vorgehen, daß sie sich Mutter fühle, unter das Joch der Ehe gezogen. Und nun ist es, wie die ärztliche Untersuchung feststellt hat, vorwiegend wieder nichts mit den erhofften Vaterbräuten. Die Verleugung der einmütigen Wänten und Intrigen wohl erfahrenen Hofdame Draga soll seine geringe gewesen sein, als der entscheidende Augenblick herantrat, der den sich schon als Vater fühlenden Alexander aus einem enträuterten Himmel reißt hoch. Wie man sich in angedeutet eingeweihten Kreisen erzählt, soll Frau Draga beabsichtigt haben, das Kind ihrer Schwester, die in hiesigen Tagen ihrer Niederkunft entgegenzuarbeiten, infolge einer Totgeburt sei jedoch infolge der Geburt nicht zu haben, fest hielt nach dem Gutachten der Ärzte nur die eine Thronerbin, daß Königin Draga sich augenblicklich in keinem Zustande der Schwangerschaft befindet.

Die neuesten telegraphischen Meldungen über diese Vorgänge in Belgrad betragen: Der russische Professor der Gynäkologie aus Moskau, Enegetin, ist mit seinem Assistenten am Freitag früh mittelft Verdacht, er habe an eine Niederkunft der Königin nie glauben können: sie sei ausgefallen. Dagegen hatte der aus Paris berufene Accoucheur (Geburtsshelfer) Cougat beharrlich behauptet, die Niederkunft sei bevorstehend und würde glücklich von statten gehen. Man wird der Königin wohl mit einer fingierten Totgeburt aus der Verlegenheit helfen. — Beim Empfang des diplomatischen Korps gab der Ministerpräsident eine amtliche Erklärung des Sachverhalts, der sich nicht länger verheimlichen ließ. Man darf nun, ob Draga den König absichtlich irreführen oder selbst in einem hysterischen Zustand an eine Schwangerschaft glaubte. — Das Gerücht spricht schon von einer Auswechslung der Königin und einer Thronentfugung des Königs.

Professor Westheim, Vorstand des Bettiner Pavillons im Elisabeth-Exposit in Wien, ist infolge telegraphischer Verurung nach Belgrad abgereist. Der hervorragende Gynäkologe Professor Schauta hält es für wahrscheinlich, daß die Königin Draga über ihren Zustand in einer Täuschung befangen war, für unwahrscheinlich dagegen eine Simulation, die nur dann zum Erfolg führen kann, wenn eine Kindesunterziehung beabsichtigt wird, was in diesem Falle nicht zuzutreffen scheint. Auch die Untersuchung in Belgrad ergab die Unrichtigkeit dieses Gerüchtes. König Alexander hält an der optimistischen Auffassung fest und man erzählt, er behandle die Königin, welche große Schmerzen fühlt oder heuchelt, mit größter Fürsichtlichkeit. — Man behauptet noch weitere Enthüllungen und behauptet sogar eine dynastische Krise.

**Türkei.** Die Franz. Stg. berichtet aus Konstantinobel: Beim Sultan hat in der Volltrage eine ruhige Auffassung Platz gegriffen. Die Türkei wird vielleicht schon in den nächsten zwei Tagen billigen Rückzug antreten. Zum Umkehrung der Ansicht des Sultans hat lediglich die einmütige Haltung der europäischen Presse beigetragen. Der Minister des Auswärtigen gehtern den Dönen des diplomatischen Korps, doch lehnte es letztere ab, über den Vorkonflikt zu diskutieren.

**Frankreich.** Der Franz. Stg. wird aus New-York gemeldet: Die Verhandlungen über den Verkauf der dänisch-meridionalen Inseln an die Vereinigten Staaten sind abgeschlossen. Der Verkaufspreis beträgt 4 Millionen Dollars.

**Der Krieg in Sidafrika.** Die Eingeborenen des Zululandes haben die Engländer, getrieben von ihrem enggedachten humanen Kriegesführung, namentlich auf die Büren geküßt. Wie ein Mitglied der getragenden Ritterschaft Natal's an die Natal Mercury schreibt, seien die Zulus von den englischen Offizieren angegriffen worden, in den Distrikt Vohaid einzuordnen. Tausende Stief Vieh seien von ihnen den Büren geräubert und dem Oberst Bottomolen ausgeliefert, welcher den Zulus gefasste, zehn Prozent der Beute zu behalten. Ein Bure sei von den Zulus mit Afzagen schwer verletzt worden. Infolge der Vorkommnisse seien die Stämme der Dinizulul's und Umpulul's wieder auf dem Kriegspfade.

Aus Bratrow wird berichtet: Das im April eingeführte Gerichtsverwaltungs-system arbeitet tadellos, kann aber nur einen propädeutischen Charakter haben. Lord Stidener vertritt, dieses System auf die Distrikte Diddelton und Verberton auszudehnen. Allen Anschein nach wird der permanente Bestand mit einem hohen Gerichtshof im August eingeführt werden.

Die Verurteilung der Engländer vom 16. und 17. Mai beträgt: 4 Mann tot, 14 verwundet, 24 verhaftet, 54 vermisst (27 sind inzwischen wieder im Lager erschienen), 18 schwer erkrankt; 8 Offiziere und 144 Mann wurden heimgeführt.

**Zum Krieg in China.**

Laffans Bureau meldet aus Peking: Der englische Konuil in Peking erwidert den Peking von Schantung, den englischen Truppen zu erlauben, die Stadt Peking zu verlassen. Die chinesischen Friedensbestimmungen haben sich geändert, die neue Absicht der befreundeten Beamten zu genehmigen, da diese Befanden sich während der Unruhen nicht auf ihren Posten befanden und daher auch nicht verantwortlich gemacht werden könnten. — In Sinschan, wo sich der kaiserliche Hof befindet, hat die Bestürzung die Oberhand gewonnen. Drei hohe Mandarinen verlaufen öffentlich die Gemüter und teilen sich in 20

**Vertrag von den aus den Postämtern eingehenden Steuerbeiträgen.**

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**S. Zuzua fernhalten — großer Unlug.** Die Zettlerin S. Zuzua wurde verurteilt, die den berühmten Groden Unlug-Barakken wieder einmal zu höheren Ehren zu bringen. Sie hat dem verantwortlichen Redakteur des Zettler Volksboten ein Entschuldigung von 50 Mark eingehen lassen, weil er in seinem Blatte bei Zuzua nach Köln in gewohnter Weise, in einem andern Falle war vor Zuzua nach Köln gewarnt worden; hier war der staatsanwaltliche Strafentwurf vom Gericht abgewiesen worden.

**Parteinachrichten.**

**Strafprozeß Wägenau.** In Ergänzung der in der vorigen Nummer unter Letzte Nachrichten gebrauchten kurzen Notiz von der Verurteilung Dr. Wägenaus wird noch mitgeteilt: In der Verhandlung am Freitag gegen Wägenau beantragte der Staatsanwalt Freisprechung des Angeklagten. Wägenau sei ein von der Sozialdemokratischen Verleugung und sei unzulässig. Die Zeugen seien Sozialdemokraten und ungläubwürdig. Der Vorlesende widersprach bei der Urteilsverfugung entschieden den Anschuldigungen des Staatsanwalts. Die Zeugen seien vollständig unzulässig, Klagen des Staatsanwalts über die Unzulässigkeit sei er auch der Unterbringung schuldig. Das Urteil lautet auf 2 Wochen Gefängnis.

**Parteipresse.** Genosse Paul Väder, der bisherige Chefredakteur der Magdeburger Volksstimme, ist am 15. Mai aus der genannten Redaktion ausgeschieden und wird sich als freier Schriftsteller in Wien in die Niederlassen. Genosse Väder war seit März 1899 in Magdeburg thätig; die dortigen Genossen sehen ihn sehr ungern scheiden. An seine Stelle ist Genosse Schulz, früher in Erfurt, getreten.

**Gewerkschaftliches.**

**Eine starke Produktionsbeschränkung** löst vom 1. Juni ab die etwa 5000 Arbeiter beherrschende Gläufige Maschinenbau-Gesellschaft zu Mühlhausen i. Th. ein, indem sie in der größeren Hälfte des Betriebes, der Abteilung für Spinnmaschinen und Wechsellagen, jeden Sonntag die Arbeit aussetzt. Aus einer Erklärung der Gläufigen, wie sie die Baumwollindustriellen der französischen Grews-Departements in ähnlicher Lage behufs Schadloshaltung der Arbeiter in Aussicht gestellt hat, ist hier keine Rede. Der Verfügung gingen viel längere Zeit indubitable Arbeiterentlohnungen voraus. Direktor des Maschinenfabrikums ist der Vorsitzende des Wahlkomites für Schumburger, der Endlich der Gläufigen. Die Gläufigen vorübergehender Beherrschung wieder neu emporsteig, immer vornehmlich in der Volltrage. Einige Baumwollspinnereien arbeiten hingegen fortgesetzt mit Ueberstunden.

**Ausland.**

**Amerika.** Großer Streik der Bauhandwerker. In New-York hat das Emndat der Bauhandwerker 15-2000 Mann wegen Lohnhöherungen entlassen. Infolgedessen legten am Freitag weitere 7000 Arbeiter ihre Arbeit nieder.

**Lokales und Provinzielles.**

Halle a. S., 20. Mai 1901.

**Vorprediger a. D. Stöcker**

pricht heute abend im Hofenthal, dem Vereinshause der evangel. Stadtmiffen, über das Thema: „Die Lebensmacht des Evangeliums, ein Zauberwort für das öffentliche Leben.“ Nach seiner letzten Attacke mit den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstags, bei welcher der Vorprediger a. D. bekanntlich sehr schärflich abgemildert, dürfte es vielleicht am Plage sein, wenn er sein Thema zur Hälfte ändern würde. Es müßte alddann lauten: „Die Sozialdemokratie, ein Zauberwort für das öffentliche Leben.“ Herr Stöcker könnte ja auch auf Grund seiner Erörterungen hervorheben, daß die Sozialdemokratie nicht nur für das öffentliche Leben der Saatzeit ist, sondern auch für gewisse Leute, die da glauben, diesen Zauberwort in seiner Wirkung verstanden oder abzuwenden zu können. Wir sind überzeugt, ein solches Thema würde sowohl für Herrn Stöcker als auch für seine Zuhörer, die sich dann nicht nur aus evangel. Männer- und Junglingsvereinsmitgliedern rekrutieren würden, bedeutend mehr Zue und Anlug erwecken.

**Herr Prof. Böning**

Prof. der Rechte und der Staatswissenschaften, soll an Stelle des verstorbenen Prof. Vesichlag als Vertreter der hiesigen Universitäts in Herrenhaus berufen werden bzw. man will ihn dem Könige zur Verfügung vorbringen. Am Herrenhaus giebt es für Herrn Böning vielfache Gelegenheit, für die beabsichtigt so häufig angefertigte Freiheit der Willensfreiheit in die Schranken zu treten sowie die Verfassung auf politischem und wissenschaftlichem Gebiete abzuhandeln. Die Zeit ist nicht fern, als Herr Böning gleich unserem Herrn Dürbergemeister Studie zu den künftigen Teilnehmern der Verhandlungen gehört oder ab er kräftig und andauernd für die wissenschaftlichen und freihethlichen Ideale zu streiten vermag.

**Recht muß Recht bleiben.**

Unser Gerichtsberichterichter schreibt uns: In dem Prozeß gegen die Genossen Groß und Weisand hat nicht bloß das hohe Strafmaß auf, sondern auch die in den Gerichtssälen gegen Sozialdemokraten schon sehr oft gebrauchte Redensart: „Auf Geldstrafe ist nicht erkannt worden, weil diese aus der Parteifalle bezahlt würde.“ Wir meinen, in erster Linie hat sich das Gericht gar nicht darum zu kümmern, von wem die Geldstrafe bezahlt wird. Der Geldgeber hat die Geldstrafe auszugeben, damit dem Richter eine Handhabe gegeben wurde, den Täter bei geringeren Vergehen nicht die ganze Schwere der Strafe empfinden zu lassen. Es ist unmöglich, daß die Geldstrafe als Vermeidungsmittel der Verurteilung vom 11. März 1890 schon an die sozialdemokratische Parteifalle bezahlt habe. Wenn nun die sozialdemokratische Parteifalle für ihre von der Schwere des Vergehens betroffenen Genossen, die sich häufig nur im Gesamtinteresse der Arbeiterchaft auf einem verantwortungsvollen Posten stellen, nicht nur bei Geldstrafen sondern auch bei anderen Strafen menschlich fühlen und handeln, so zeigt das nur von einem hohen Selbstbewußtsein. Für Leute anderer Parteien mag das so schwer begreiflich erscheinen, aber die Sozialdemokratie ist nun einmal eine Partei des Mitleids. Da nun die Gerichte die Geldstrafenfrage gerade bei den Sozialdemokraten wiederholt angewiesen haben, so erlauben wir uns endlich einmal darauf hinzuweisen, daß bei anderen Verurteilungen, wie z. B. bei gemeinen Diebstehlen, häufig nicht darnach gefragt wird, wo die Geldstrafen bezahlt werden? Es sollte doch auch nicht verwundern, daß, wenn man sich auf den Standpunkt der heutigen Strafprozeß stellt, bei Missethätigen eine Freiheitsstrafe viel mehr angemessen erscheint, als bei einem kleinen Vergehen gegen das Vereinsgesetz, wodurch absolut kein beabsehbarer Schaden entständen ist. Wir meinen deshalb die Frage auf: **Wer bezahlt denn die Strafen, die wegen solcher Missethätigen**





